6747/J XXV. GP

Eingelangt am 09.10.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Albert Steinhauser, Freundinnen und Freunde an die Bundesministerin für Inneres

betreffend Interpol-Programm "I-Checkit"

BEGRÜNDUNG

Die Initiative "I-Checkit" der Polizeiorganisation Interpol sieht eine Intensivierung der Kontrolle von Reisedokumenten vor, indem private Unternehmen aus Hotellerie, Bankenwesen, Luft- und Schifffahrt Zugriff auf die Datenbank von Interpol erhalten, die eine Liste der gestohlenen oder verlorenen EU-Reisedokumente beinhaltet.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Was ist der Bundesregierung zu dieser Initiative bekannt?
- 2) Soll "I-Checkit" in Österreich umgesetzt werden?
- 3) Wenn Ja, auf welcher Rechtsgrundlage?
- 4) Wenn Nein, warum nicht?
- 5) Welche Bedenken gegen das Programm lagen bzw. liegen im Hinblick auf das Datenschutzgesetz vor?
- 6) Mit welchen anderen Ländern hat die Regierung ihre Vorgehensweise abgestimmt bzw. welche anderen Länder sind bekannt, die sich ausdrücklich nicht an dem Programm beteiligen?
- 7) Welche Projekt-Partner von "I-Checkit" sind aus den Bereichen Tourismus, Bankenwesen und sind bekannt?
- 8) Was ist der Regierung zur Finanzierung des "I-Checkit"-Systems durch Philip Morris International Inc., Philip Morris Austria GmbH und andere Privatunternehmen bekannt?
- 9) Was ist der Bundesregierung zu Einnahmen aus der Testphase des Projekts bekannt?
- 10)In welcher Form wird das Projekt durch Interpol fortgesetzt und wie wird sich Österreich daran beteiligen?
- 11) Wird sich die Regierung für die Beendigung des Programms einsetzen?
- 12) Wenn Nein, warum nicht?